

# Wiesbadener Tagblatt.

48. Jahrgang.

Erscheint in zwei Ausgaben. — Bezugs-Preis: durch den Verlag 50 Pfg. monatlich, durch die Post 1 M. 60 Pfg. vierteljährlich für beide Ausgaben zusammen.

Verlag: Langgasse 27.

17,000 Abonnenten.

Anzeigen-Preis:

Die einseitige Zeile für lokale Anzeigen 15 Pfg., für auswärtige Anzeigen 25 Pfg. — Reclamen die Zeile für Wiesbaden 50 Pfg., für Auswärts 75 Pfg.

Anzeigen-Aannahme für die Abend-Ausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgen-Ausgabe bis 3 Uhr Nachmittags. — Für die Aufnahme später eingereicherter Anzeigen zur nächstfolgenden Ausgabe wird keine Gewähr übernommen, jedoch nach Möglichkeit Sorge getragen.

No. 113.

Fernsprecher No. 52.

Donnerstag, den 8. März.

Fernsprecher No. 52.

1900.

## Abend-Ausgabe.

### Des Krieges zweiter Theil.

Die ungünstige Wendung, welche der südafrikanische Krieg für die Buren genommen hat, hat überall, wo sich das innige Mitgefühl für die Sache eines um seine Freiheit und seine Existenz heldenmüthig ringenden Volkes regt, den Wunsch nach einer Intervention der Mächte in diesem Kriege wege gemacht, um zu verhindern, daß zwei freie Staaten von der Landkarte verschwinden und daß England seine Herrschaft über ganz Südafrika etabliere. Dieser Wunsch nach einer Vermittlung oder Intervention ist begreiflich, aber er ist nicht desto weniger zur Zeit aussichtslos. Wer zwischen zwei Parteien vermitteln will, hat die Verpflichtung, einen Vorschlag zur Güte zu machen, der für beide Parteien halbwegs annehmbar ist. Wie denkt man sich das aber in dem vorliegenden Fall? England hat erklärt, daß es nicht eher ruhen werde, bis es die kleinen Burenstaaten zu englischen Besitzungen gemacht hat; das Ziel aber, wofür die Buren so schwere Opfer gebracht haben, ist die Unabhängigkeit der beiden Republiken. Glaubt Jemand im Ernst, daß England jetzt, nachdem es so schwere Verluste erlitten und sein militärisches Renommé eingebüßt hat, auf einen Frieden eingehen werde, der den Burenstaaten ihre Unabhängigkeit läßt? Oder soll etwa die vermittelnde Macht den Buren raten, sich gutwillig unter das englische Joch zu beugen?

Eine Vermittlung irgend einer Macht erscheint mithin zur Zeit als aussichtslos, aber ebenso wenig sind die Chancen für eine Intervention gegeben. Eine Intervention hat zur Voraussetzung, daß der intervenirende Staat seinen Vorschlägen einen respektablen Nachdruck zu geben vermag. Wer soll dieser Staat sein? Frankreich ist, wenn es sonst Lust hierzu hätte, sowohl durch die Weltausstellung, als auch durch die Schwäche seiner Flotte hieran verhindert. Rußland, welches in erster Linie im Stande wäre, auf England einen Druck auszuüben, begnügt sich damit, die Bindung Englands in Südafrika für seine Ziele in Asien auszunutzen, aber es hat keine Anstalten getroffen, die Friedensideen des Czaren in die raue Wirklichkeit zu übertragen. Die französische und die russische Presse erwartet auch merkwürdiger Weise gar nicht von den eigenen Regierungen, sondern von den Vereinigten Staaten von Amerika oder von Deutschland das heilige Amt der Intervention. Präsident Mc. Kinley hat erklärt, daß er zur Vermittlung bereit sei, wenn beide kriegführenden Mächte dies wünschen. Da England dies aber nicht wünscht, scheidet mithin die amerikanische Vermittlung aus der politischen Rechnung aus. Was aber die deutsche Regierung betrifft, so handelt sie, wie groß und berechtigt auch in Deutschland die Sympathien für die Buren sein mögen, getreu ihrer bisherigen wohlwollenen Haltung, wenn sie sich von jeder Einmischung in den südafrikanischen Krieg fernhält. Der Umstand, daß Rußland und Frankreich der deutschen Regierung das Vermittlungsamt aufdrängen möchten, während sie selbst dies perhorreszieren zeigt demnach genug, welches Ziel Rußland und Frankreich hiermit verfolgen. Nämlich das Ziel, zu Gunsten der Stellung des Zweibundes Deutschland in einen Konflikt mit England hineinzutreiben. Deutschland hat deshalb vollen Grund, dem Zweibund zuzurufen: Hahnemann, geh Du voran, Du hast die größten Stiefel an!

Scheidet somit die Vermittlungs- und Interventionsfrage als auf Weiteres aus der Reihe der Thatsachen aus, mit denen in der Politik gerechnet werden kann, so sehen wir doch keinen Grund ein, die Lage der Buren schon jetzt als verzweifelt und ihre Sache als verloren zu betrachten. Wenn man sich in England nach den letzten Erfolgen in überschwänglichem Optimismus ergötzt und alle früheren schweren Niederlagen vergißt, so kann man das allenfalls noch verstehen. Der objektive Beurtheiler aber darf nicht vergessen, daß England heute noch nicht weiter ist, als es nach fast allgemein verbreiteter Annahme von Anfang an sein sollte. Fast überall war der Glaube verbreitet, daß die Buren sich lediglich mit Hilfe der Defensiv- und vor Allem durch den Guerillakrieg gegen die Engländer wehren können. Auf diesen Stand ist der Krieg aber jetzt gelangt, nur daß die Engländer ungeheure Verluste erlitten haben, gegen die Verluste der Buren trotz der Kapitulation der dreitausend Buren unter Cronje gar nicht in Betracht kommen. Es liegt also durchaus kein Anlaß vor, den Krieg schon jetzt als entschieden zu betrachten, umso mehr, da die Hoffnung Englands, daß der Oranje-Freistaat zu Krügen kriechen werde, sich als trügerisch zu erweisen scheint.

Die weitere Gestaltung des Krieges wird eben ganz davon abhängen, ob die Buren bei der jetzt beginnenden Defensiv- die militärischen Eigenschaften entwickeln werden, die ihnen die Kenner von Land und Leuten zuschreiben. Wenn die Buren sich erfolgreich ihrer Haut wehren wollen, so wird freilich ihre Defensiv- eine offensive Defensiv- sein

müssen, d. h. sie werden große Kämpfe vermeiden, aber die Engländer durch fortgesetzte kleine Angriffe zu ermüden und zu schwächen suchen müssen.

Für eine solche Taktik sind die Buren infolge ihrer großen Beweglichkeit offenbar besonders geeignet. Da die Burenstaaten nach der Natalgrenze hin infolge der strategisch günstigen Pässe leicht zu verteidigen sind, können sie ihre Hauptkraft auf den Kampf im Oranje-Freistaat gegen die Armee des Lord Roberts verwenden. Hierbei wird das Hauptziel der Buren darin bestehen müssen, die Eisenbahnverbindungen der Engländer vom Kapland aus nach Möglichkeit zu unterbrechen und unterbrochen zu halten, um ihnen die Zufuhr abzuschneiden oder doch zu schwächen. Der zweite Theil des Burenkriegs wird sich als ein Guerillakrieg, und zwar in erster Linie als ein Krieg um die Eisenbahn und die Lebensmittelzufuhr, abspielen.

### Deutsches Reich.

Die Fleischbeschau.

L. Berlin, 7. März.

Wie heute im Reichstag verlautete, will die Regierung den Stelbieren das außerordentliche Jageständniß machen, die Beschlüsse der Kommission in Sachen der Fleischbeschau-Vorlage in den Hauptpunkten anzunehmen. Ob diese überraschende Mittheilung zutrifft, wird sich alsbald bei der zweiten Lesung der Vorlage zeigen. Das Staatsministerium hielt Nachmittags unter dem Vorsitz des Fürsten Hohenlohe eine lange Sitzung ab, in der das Fleischbeschaugefetz auf der Tagesordnung stand. Mit dieser Sache steht es auch in Verbindung, daß der Reichskanzler einen gemeinschaftlichen Vortrag der Minister Graf Posadowsky und Bresselt über die so plötzlich in den Vordergrund des politischen Interesses gerückte Materie entgegennahm und zu seiner genaueren Information den Geheimen Kommerzienrath Freytag, sowie eine hauseigentliche Abordnung empfing, die hierher gekommen war, um Namens der bedrohten Interessen von Hamburg und Bremen Verwahrung einzulegen gegen die Beschlüsse der Kommission. Man kann sich noch immer nicht vorstellen, daß Fürst Hohenlohe im Bundesrath dahin sollte wirken wollen, daß die Ausschließung jeder Fleischzufuhr von Ablauf der Handelsverträge an jeder werden möge. Nun heißt es zwar, daß die Regierung in den vertraulichen Besprechungen mit konservativen und Centrums-Abgeordneten einige Jageständnisse verlangt und durchgesetzt habe. So soll u. A. die Einfuhr von gepökeltem Fleisch auch fernerhin frei bleiben und der Bundesrath soll die Ermächtigung erhalten, im Falle einer Nothlage vorübergehend die Fleischzufuhr wieder im ganzen Umfange zuzulassen. Aber selbst, wenn dies Scheinkompromiß abgeschlossen wäre, müßte sich die Regierung doch sagen, daß sie damit ihre Stellung in den schwebenden Handelsvertragsverhandlungen mit den Vereinigten Staaten ganz außerordentlich erschwert, und daß Handel und Industrie ja gerade die Besche zu bezahlen hätten. Gewiß brauchen die amerikanischen Drohungen mit Gegenmaßnahmen an und für sich noch nicht zu scheitern. Es kommt jedoch in erster Reihe auf die Wirkungen der Kommissionsbeschlüsse auf unsere einheimischen Zustände an, und hier kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die Fernhaltung der ausländischen Fleischzufuhr gleichbedeutend sein müßte mit einer Vertheuerung der Lebenshaltung weiter Volkstheile, zumal das Wachstum der Bevölkerung nicht erwarten läßt, daß die Ernährung des deutschen Volkes mit nur inländischem Fleische vom 1. Januar 1904 ab leichter werde von Staaten gehen als bisher, wo diese Möglichkeit bekanntermaßen nicht besteht. Fügt sich die Regierung dem ostelbischen Geheiß, so giebt sie damit der Socialdemokratie eine Waffe in die Hand, wie sie scharfer und gefährlicher noch niemals bagewesen ist.

Aus dem Abgeordnetenhaus.

Die Kultusdebatte im Abgeordnetenhaus zerfasert sich diesmal ebenso, wie sie es in den letzten Jahren regelmäßig gethan hat. Bald springt die Erörterung auf die Kultus-kampfbeschwerden des Centrums über, bald verlangt das Polenhum Gehör für seine Klagen, bald bewegt sich die Auseinandersetzung um die Frage eines konfessionellen Volksschulgesetzes, bald endlich — und dies läßt vollends nicht den Eindruck irgend welcher Geschlossenheit der Debatte aufkommen — werden Einzelforderungen aller Art angemeldet, so in Bezug auf die evangelische Synodalverfassung, die Schulunterhaltungsbeiträge, das Nützlichkeitswesen in den Volksschulen etc. Es ist ja natürlich, daß Verhandlungen, wie man sie damals gewohnt war, gegenwärtig beim Kultus-Gesetz überhaupt nicht stattfinden können. Das Centrum hat sich nicht zu beklagen, und wenn es sich doch beklagt, so geschieht dies nur, damit die Regierung nicht glaube, den Ansprüchen dieser Partei genug gethan zu haben. Nicht gleichgestellt will das Centrum sein, sondern herrschen will es. Daher die thörichten „Paritätsschmerzen“ und verwandte Beschwerden, die ebensoviele etwas werth sind wie jene. Es geschieht ferner auch nur des „Prinzips“ wegen, wenn Centrum und Konservative immer wieder nach einem

christlichen Volksschulgesetz rufen. Herr Boffe hat in Bezug auf Föchtung des allerstrengsten Konfessionalismus auch ohne Gesetz schon so viel gethan, daß seinem Nachfolger auf diesem Gebiete eigentlich nichts mehr zu thun übrig bleibt. Es ist ja gar kein Gebanke daran, daß sich in absehbarer Zeit eine politische Lage ergeben könnte, die es der Regierung wünschenswerth machte, sich mit einer Erneuerung der Jedlitzschen Vorlage — die Finger zu verbrennen. Denn das Centrum, das das System Caprivi-Jedlitz seiner Zeit durch solches Gesetz für die Caprivische Heeresreform geschmeißig machen wollte, würde heute die Flottenvorlage auch ohne derartige Gegengaben bewilligen, wenn die Politik der Miquel und Rheinbaben ihm das nicht erschwerte; aber sogar trotz dieser Erschwörung wird das Centrum schließlich Ja sagen. Wozu also die Aufregung eines Strelkes um die Volksschule? Die fordernden Parteien selber haben kein Interesse daran. Im Uebrigen hat ja Herr v. d. Heydebrandt dem Kultusminister wohlwollend beschleunigt, daß er als „christlicher Mann“ Vertrauen verdiene, und Herr Studt wird sich gewiß bemühen, dies erquickende Zeugniß zu rechtfertigen.

Zur lex Heinze.

Die Vertheidiger der lex Heinze beobachten den Kundgebungen der Schriftsteller und Künstler gegenüber eine sehr eigenthümliche Kampfweise, in der namentlich der „Reichsbote“ und die „D. Tagesztg.“ mit einander wetteifern. Sie impuniten ihren Gegnern, daß sie auch gegen wirkliche Unsitlichkeit und Schamlosigkeit nichts thun wollen. Dabei wird ganz der Umstand verschwiegen, daß sich die Opposition der Künstler und Schriftsteller gegen eine bestimmte Fassung des betreffenden Paragraphen, die der Öffentlichkeit vorliegt und im Reichstag begründet worden ist, richtet. Es ist unseres Wissens von ernstern Blättern und in ernsthaften Protesten niemals der Anspruch erhoben worden, daß jede Schweinerei im Namen der Kunst geschützt werden müsse, sondern es ist behauptet worden, daß jene Fassung des „Kunst- und Theaterparagraphen“ auch berechtigte Kunstbestrebungen treffen kann. Und das mit Recht. Der Einwand, daß das Gesetz das ja nicht wolle, ist kindlich. Fragt heutzutage, so bemerkt die „Tägl. Rundsch.“ sehr richtig, ein einziges deutsches Gericht danach, was der grobe Unfug-Paragraph ursprünglich gewollt hat? Es kommt überhaupt niemals darauf an, was ein Gesetz will, sondern was es sagt. Wenn das, was der Gesetzgeber will, nicht darin steht und nicht durch den Wortlaut gegeben ist, so sind dem Richter die Hände gebunden. Außerdem ist Herr Koerner selbst Richter; es ist also ganz gerechtfertigt, daß Anklägern, wie er sie gedankt, auch bei andern Richtern vorausgesetzt werden. Das sind mehr als ausreichende Gründe für energischen Protest. Die Vertheidiger des angefochtenen Paragraphen brauchen ja nur eine brauchbare Fassung vorzuschlagen; dann wären sie Sieger auf der ganzen Linie. Aber das Merkwürdige ist, daß der Inhalt des „Kompromisses“ von ihnen sorgfältig verschwiegen wird. Woher diese Scheu bei einer so guten Sache?

\* Hof- und Personal-Nachrichten. Die Liebernden Kerze hoffen, wie die „Germania“ berichtet, daß Dr. Scherer Anfang nächster Woche das Krankenbett verlassen und zur schnelleren Wiederherstellung seiner Gesundheit in ein milderes Klima überführt werden kann. Die Kräfte des Genesenden nehmen sichtlich zu und auch sein Aussehen ist ein gutes.

\* Berlin, 8. März. Der „National-Zeitung“ zufolge nahm der Reichskanzler einen gemeinsamen Vortrag des Staatssekretärs Posadowsky und des Handelsministers Bresselt entgegen. Es ist anzunehmen, daß es sich bei diesem Vortrag wie bei dem Empfang des Geheimrath Freytag und der hauseigentlichen Delegation um das Fleischbeschaugefetz gehandelt hat.

\* Flottensteuer. Ein scharfes Anzeichen der Steuerschraube der Börse gegenüber rüth die „Kreuz-Ztg.“ zur Lösung der Deckungsfrage bei der Flottenvorlage. Die Börse habe einen greifbaren Anzeichen von der Flottenvorlage. Denn die Börsenspekulation habe aus der Einbringung derselben recht beträchtlich Kapital zu schlagen gewußt. Weiterhin schlägt die „Kreuz-Ztg.“ vor die Einführung einer Tantiemensteuer bei den Aktiengesellschaften. Da sei ein Herr am Rhein, der nicht weniger als 16 Aktiengesellschaften als Aufsichtsrathmitglied, 3 Th. als erster oder zweiter Vorstandsmitglied, angehört. Neben einer Tantiemensteuer würde sich eine Dividendensteuer empfehlen, und zwar in der Richtung, daß ein über den landesüblichen Zinssfuß hinausgehendes Erträgniß zur Steuerpflicht in zu normirenden Sätzen herangezogen wird. Hierher gehört weiter der Vorschlag, die an den Vorkriegszeiten zum Bau der in Aussicht genommenen neuen Schiffe beteiligten Firmen mit einem bestimmten Procentfoße ihres Reingewinnes heranzuziehen. Endlich schlägt die „Kreuz-Ztg.“ vor, Einkommen über 50,000 M. einer Flottensteuer zu unterwerfen, welche etwa 10 bis 20 pCt. der Einkommensteuer zu betragen hätte. Nach dem Enthusiasms, der sich gerade in solchen Kreisen gezeigt hat, die über ein derartiges Einkommen zu verfügen haben, sind wir der festen Ueberzeugung, daß sie mit freudigem Blick diesen unfernen Wunsch aufnehmen werden. Sollten wir uns in dieser Annahme täuschen, so würde das uns bitter leid thun.

\* Kundschau im Reich. Nach dem Beispielen des Kommandeurs des 15. Armee-corps hat nun auch, wie die „Frankf. Ztg.“ meldet, Graf Häfeler, der kommandirende General des 16. Armee-corps in Straßburg, den Offizieren und Militärbeamten seines Corps den Beitritt zu den Flottenvereinen unterlag mit der Begründung, die Flottenvereine seien politische Vereine, mit denen das Militär nichts zu schaffen habe. — Wegen Gehorjamsverweigerung infolge religiöser Skrupeln ist ein

Soldat von einem westpreussischen Infanterie-Regiment zu vier Monaten Festung verurteilt worden, zu deren Abbüßung er ins Spanbauer Festungsgefängnis eingeliefert wurde. Der Mann ist Penononi und hat sich standhaft geweigert, mit der Waffe Dienst zu thun.

Deutscher Reichstag.

© Berlin, 7. März.

Der Gesetzentwurf über die Konsulargerichtsbarkeit wird in dritter Lesung auf Antrag des Abg. Wassermann en bloc angenommen. Es folgen Rechnungsablagen über die Ueberführung von Einnahmen und Ausgaben der Schutzgebiete von Ostafrika, Kamerun und Togo aus verschiedenen Jahren erstattet Abg. Baurm (Soz.) als Referent Bericht über die verschiedenartigsten Staats-Ueberführungen, deren Genehmigung die Kommission beantragt. — Abg. Dasbach (Centrum) bedauert die langsame und mangelhafte Rechnungslegung über die Kosten der Kolonien. Er beklagt die gesundheitliche Gefährdung der Beamten in Ostafrika. — Abg. Dasse (nat-lib.) theilt als Vorsitzender der Kommission mit, wie derselben die Arbeit erschwert worden sei, sobald sie manchmal genügt gewesen sei, die Staats-Ueberführungen nicht zu bewilligen. — Geheimrath König entgegen, daß künftig für eine ausführlichere Begründung gefordert werden solle. Die Staats-Ueberführungen werden sodann genehmigt. Am 9. Januar waren die §§ 2 und 16 an die Kommission zurückverwiesen worden. § 3 wird dem Kommissionsantrag gemäß unverändert angenommen. Bei § 16 handelt es sich darum, ob Absatz 2, welcher den Ertrag von abzunehmenden Einkommen ausschließt, aufrecht erhalten werden soll. Die Kommission beantragt dies, das Haus nimmt den Antrag an. Es folgen Petitionen. Zunächst eine Petition, betreffend Zulassung der Frauen zur Immatrikulation auf den Universitäten und zu den Staatsprüfungen. — Abgeordneter Schrader (freil. Ver.) beantragt, die Petition dem Reichskanzler mit dem Erlaß zu überweisen, eine Vereinbarung der verbündeten Regierungen herbeizuführen, derzufolge diejenigen Frauen zum Besuche sämtlicher Vorlesungen an deutschen Universitäten zugelassen sind, welche die verlangte Vorbildung nachweisen. — Abg. Endemann (nat-lib.) bittet um Annahme des Antrags Schrader. — Abg. Freireich v. Hertling (Centr.) ist gegen den Antrag schon aus dem Grunde, weil die Unterrichtsverwaltung nicht zur Kompetenz des Reichs gehöre. Aber auch materiell sei er gegen den Antrag. Er wolle nichts wissen von dem schablonenhaften Hineinbringen der Frauen in alle männlichen Berufe. — Abg. Schrader (freil. Ver.) erweitert, daß sein Antrag die Kompetenz des Reichstags zu erweitern suche. — Abg. Weber (Soz.) beklagt den Standpunkt des Abg. v. Hertling. Gegen die Gleichberechtigung der Frau wende man sich nur deswegen, weil man sie fürchte. Was in Amerika möglich sei, wo Frauen Richter, Anwälte, Gelehrte seien, sollte doch auch hier möglich sein. — Abg. v. Hertling (Centr.) stellt in Abrede, daß er sich mit seiner Stellungnahme von Rücksichten der Konkurrenz leiten lasse von krassem Egoismus. Er habe nur den Wunsch, die Frau lediglich gemäß ihren physischen und psychischen Anlagen beschäftigt zu wissen. Hieran wird gegen die Einke der Antrag Schrader abgethan und über die Petition zur Tagesordnung übergegangen. Ueber eine Petition, betr. Wiedereinführung der Prügelstrafe, beantragt die Kommission Uebertragung zur Tagesordnung. — Abg. Dertel (Soz.) beantragt Ueberweisung an den Reichskanzler als Material zur Abänderung der Gesetzgebung. — Abg. Wassermann (nat-lib.) ist gegen den Antrag Dertel, indem er darauf hinweist, wie auch diejenigen Lehrer nicht gerade die besten seien, welche prügelten. Die Prügelstrafe bessere nicht, sondern verrohende so Bestrafen noch mehr. — Abg. Müller (freil. Volksp.) ist ebenfalls Gegner der Prügelstrafe. In fast allen civilisirten Staaten sei diese Strafe abgethan. — Abg. Eröber (Centrum) hält es für das Richtige, die Frage noch einmal gründlich zu prüfen, damit sie nicht noch ferner die Zeit des Reichstags wegnahme. Er bitte um Ablehnung der Petition. Morgen 1 Uhr: Fleischbeschau-Besetz. Schluß 6 1/2 Uhr.

Berlin, 7. März. Der Gesetzentwurf über die Bestrafung elektrischer Kraft wurde heute von der mit der Vorberatung beauftragten Kommission des Reichstags unverändert nach der Regierungsvorlage angenommen.

Oesterreichischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 7. März.

Das Abgeordnetenhaus setzte heute die zweite Beratung des Miliz-Gesetzes, insbesondere die gestern abgebrochene Besprechung des Ausgabeteils „Militärgehalt“, fort. Abg. Kopsch (freil. Ver.) wünschte, die den gestrigen Reden der Centrumsmänner möglicher Weise entspringende Ansicht zu beseitigen, als hätten wir eine unchristliche Volksschule. In der Frage des Volksschulgesetzes gebe er der Regelung durch Einzelgesetze den Vorzug vor einem allgemeinen Volksschulgesetz; vor Allem sei ein Gesetz über die Schulunterhaltungspflicht dringend notwendig. Nach einer warmen Anerkennung für den geschiedenen Minister Dr. Bosse fordert Redner die Aufhebung des Jagdverbotes für Lehrer, dankte dem derzeitigen Minister für die Aufhebung der Zuchtgerichtsverfassung, beklagte aber die Forderung von dem Lehrer, jede Strafe in ein Kontrollbuch einzutragen und hat um dessen Beseitigung. Ebenso dankte er dem Minister dafür, daß er dem Wunsch der Konservativen nach Vermehrung der Halbtageschulen nicht nachgegeben sei. — Abg. Dr. Rieger (Volk) widersprach der gestrigen Behauptung des Ministers, daß man den Polen nicht ein einziges verfassungsmäßiges Recht vorbehalte, mit dem Hinweis auf die Bestrafung von Räubern, weil sie in ihrer polnischen Muttersprache unterrichtet, sowie auf die Unterdrückung polnischer Privatwirthschaften. Kultusminister Dr. Studt erwiderte mit energischer Betonung der staatlichen unerlässlichen Pflicht, gegenüber der allerwichtigsten Agitation polnischer Blätter hier keinen Schritt zurückzuweichen. Den Kämpfern müsse in der Schule die deutsche Sprache beigebracht werden; dann würden sie selber den größten Vorthell haben wegen der geringen Ausdehnung des polnischen Sprachgebietes. In Masarien und Lithauen lägen die Verhältnisse ganz anders, weil man dort die Bedeutung deutscher Kultur erkannt habe. Preußen müsse die Polonisierung deutscher Gebietsstelle und deutscher Staatsangehörigen verhindern; nach ziemlich sicherer Schätzung seien im vergangenen Jahrhundert etwa 200,000 Deutsche ins polnische Lager übergegangen. (Hört, hört!) Die Polen können sicher sein, daß wir ihre vollen berechtigten Interessen wahren. Damit ist aber auch die Grenze gezogen. Wir können unmöglich weiter gehen. Wie die Agitation zunimmt, das ist nachzugehen worden. Man hat sogar Schülerverbindungen einrichten wollen. Wir stehen vor einer großen Gefahr. Wir haben und zu wehren gegen die nationalpolnische Agitation und sie nicht einzulassen in unsere Grenzgebiete. Ich schließe mit der Erklärung, daß, wo der Boden des Rechts verlassen wird, wo keine Götinnen mehr sind, ich nicht gegen die Polen zu haben sein werde. In diesen Fällen habe ich auch stets Remedur einzuwirken lassen. Aber auch unerlaubte Einflüsse zu beseitigen, müssen wir unsere Befugnisse anwenden, um den deutschen Einfluß auch auf das Volentum zu sichern. Auf diesem Standpunkt werden Sie uns allzeit finden. (Lebhafter Beifall.) — Abg. Dr. v. Heydebrand (Soz.) wandte sich gegen die Ansprüche der Polen, die noch immer von nationaler Selbstständigkeit träumten. Dem Centrum trat der konservative Redner mit freundlicher Zusage entgegen, unter Bedauern des bei den Ultramontanen vorhandenen Gefühls der Zurücksetzung. — Eine glänzende Rede hielt heute der Abg. Farrer Hackenberg (nat-lib.): In ersten Theil seiner Ausführungen betonte er kurz und bündig den Gedanken der Einheit aller evangelischen Denominationen trotz der durch die ewangelische Freiheit bedingten individuellen Unterschiede und erhoffte von der Regierung eine Förderung der ewangelischen Einheits-

bestrebungen. Dann folgten einige Beschwerden wegen langsame Abfertigung einzelner Kirchengebäude durch die Regierung und den Schluß bildete eine mit Spannung und logischer Schärfe bei aller Lebenswürdigkeit und Selbstbeherrschung ausgeführte Abfertigung der kürzlich von dem Centrum-Abgeordneten Fuchs gemachten Aeußerung, daß katholisch und ultramontan identisch seien. — Abg. Dr. Dietrich (Centr.) erklärte das Mißtrauen der Katholiken für berechtigt, weil es begründet sei. — Kultusminister Dr. Studt bestritt dies an der Hand ausdrücklicher gegenwärtiger, schon aus früherer Zeit stammender ministerieller Verordnungen. — Abg. Dr. Hahn (Bund der Landwirthe) meinte, im Vorstand des Bundes der Landwirthe verträgen sich Protestanten und Katholiken ausgezeichnet. Dagegen beklagte er die ungenügende Herausziehung des Mehlz zu den Schullosen von Leibe und besprach überhaupt die Schulunterhaltungspflicht. — Abg. Runkel (freil. Volksp.) bringt den Fall Krohn zur Sprache. Das gehöre auch zu dieser Debatte. Wenn er mit dieser Erörterung nicht bis zum Titel Universitäten getoastet habe, so liege das daran, daß er sich nicht über die Universitäten zu beklagen habe, sondern über den Minister, als den Vertreter des Staatsministeriums in dieser Angelegenheit. Das Privatdozenten-Gesetz sei erlassen worden, um den Dr. Krohn entlassen zu können. Es habe seine Schulbildung erhalten und hoffentlich sei es damit genug. In dem Urtheil gegen Krohn stehe genau das, was Herr Bosse seiner Zeit hier gesagt habe. Juridikalität und Konsequenz wären lobenswerthe Eigenschaften auch bei einer Regierung. Krohn war Lehrer der Mathematik, einer nicht politischen Wissenschaft. Wenn sie mit Wurzeln zu thun habe, die Wurzeln der Staatsordnung sind es nicht. (Heiterkeit.) Die Lehre des Dr. Krohn könne nicht Schuld an seiner Maßregelung sein, zumal die Wissenschaft und ihre Lehren nach der Verfassung frei sind. Die erste Instanz habe ihn einstimmig freigesprochen. Das Staatsministerium sage, daß er sich zwar zur Sozialdemokratie bekannte, aber keine übertriebene Reaktion betrieben habe. Deshalb sei er nicht würdig, Lehrer an der Universität zu sein? In der einseitigen Ueberzeugung muß Jedermann im Deutschen Reich frei betonen können, soll nicht die Heuchelei großgezogen werden. Wozu auch die Aufregung über die Sozialdemokratie? Ob sie in einigen hundert Jahren ihre letzten Ideale erreichen werde, das können wir nicht beurtheilen. Was ist an den beiden Hälften des Wortes Sozialdemokratie das Hasenwort, das Social oder das Demokratische? Es giebt auch eine Majorität der Wissenschaft. Ist der Privatdozent, der der sozialdemokratischen Auffassung huldigt, nicht würdig zu lehren, so werden Andere darauf hinweisen, daß dieser oder jener Lehrer der Wissenschaft die Ehe oder das Eigentum gefährde und daher nicht würdig sei, an der Universität zu lehren. Er verstehe es, daß Deutschland jetzt seinen Platz an der Sonne suche, aber daß Brechen seinen Platz in der Finsterniß behalten will, das verstehe er nicht. (Lebhafter Beifall.) — Minister Studt: Der Vorredner vergesse, daß nach § 1 des Privatdozentengesetzes das außeramtliche Verhalten eines Dozenten zum Gegenstand eines Disziplinarverfahrens gemacht werden könne, wenn er sich der Achtung und des Vertrauens unwürdig zeige. Mit der Lehrfähigkeit des Dr. Krohn habe dieser Disziplinarfall nichts zu thun gehabt, und die Behauptung, daß die Freiheit der Wissenschaft dadurch gefährdet werde, weise er mit Entschiedenheit zurück. (Beifall und Widerspruch.) Ebenso die Schlussfolgerung, die Redner gezogen habe hinsichtlich der Majorität der Wissenschaft. Sind die Lehrer der Wissenschaft etwa hinsichtlich ihres außeramtlichen Verhaltens principes extra leges? Auf die Erörterung des Falles im Einzelnen könne er sich nicht einlassen, da er an der Entscheidung persönlich beiläufig gewesen sei. Er rechne aber auf die Zustimmung aller Derjenigen, welche sich zu dem Grundsatze bekennen, daß ein Mann, der sozialdemokratisch so offen sich verhält wie Dr. Krohn, nicht länger Mitglied des Lehrkörpers einer Hochschule sein könne. Daraus wird die weitere Berathung auf morgen 11 Uhr verlagert. Schluß 4 Uhr.

Anstalt.

\* Oesterreich-Ungarn. Eine Anzahl deutscher Abgeordneter brachte im Oesterreichischen Reichsrath einen Antrag gegen die fabrikmäßige Erzeugung von Antiquitäten ein, wodurch das Kunstgewerbe und die Künstler sehr geschädigt würden. Es sei Thatsache, daß viele Antiquitätenhändler elende Nachwerke, die dann als Antiquitäten ausgegeben werden, nach eigenem Geschmack in Fabriken für Herstellung solcher Antiquitäten erzeugen lassen. Die Regierung wird angefordert, mit aller Strenge dem Antiquitätenhandel Einhalt zu thun und einen Gesetzentwurf über den Handel mit Antiquitäten vorzulegen, wodurch die Händler gezwungen werden, beim Verkauf falscher Antiquitäten dieselben als Imitationen kenntlich zu bezeichnen. — \* Frankreich. Das Appellgericht bestätigte die Verurtheilung der Assumpcionisten zu je sechzehn Francs Geldstrafe mit Anwendung des Gesetzes Berenger und ordnete die Auflösung des Ordens an. — \* Serbien. Natalie als großende Mutter hat ihren Sohn Alexander, die junge serbische Kaiserin, entberbt. Die eine Hälfte ihres nicht unbeträchtlichen Vermögens soll Natalie serbischen, die andere französische Armenpflege-Instituten zugewandt haben. König Alexander, der sich diese Entberbung durch die Rückberufung Wilans zugezogen hat, wird dadurch auf seine Einkünfte als serbischer Monarch beschränkt, denn seines Herrn Vaters Erbschaft bereits anzutreten, wird er wohl nicht unterlassen, sie dürfte in Schulden verfallen. Schließlich hat aber Natalie ihr Geld besser untergebracht, als wenn es in Wilans Hände gerathen wäre, der seiner Zeit die russische Offizierswittwe Natalie Keschik nur des Geldes wegen geheiratet hat. — \* Afghanistan. Die „Civil and Military Gazette of Lahore“ meldet: Rach Brien, die als Sabul eingetroffen sind, ist der Emir sehr verstimmt wegen der Zeitungsmittheilungen bezüglich der russischen Absichten auf Afghanistan und her von ihm eingeschlagenen Politik. Der Emir hat in Durbar im Beisein seiner Söhne und der höchsten Beamten die Anregung zu einem Bündniß mit Rußland zurückgewiesen. Die zwischen Großbritannien und Afghanistan bestehenden freundlichen Beziehungen werden ausdrücklich betont. — \* Japan. Die „Boschische Zeitung“ meldet aus Petersburg: Aus amtlicher russischer Quelle verlautet, auf Formosa sei ein weit verzweigter Aufruhr im Entstehen begriffen, dessen bisher die Japaner nicht Herr zu werden vermöchten.

Der Krieg in Südafrika.

hd. London, 8. März. Das Kriegsministerium macht bekannt, daß folgendes Telegramm von Lord Roberts eingetroffen ist: Ostfontein, 7. März, 4 Uhr Nachmittags: Unsere heutigen Operationen versprechen zu einem großen Erfolge zu führen. Der Feind nahm eine Stellung von 4 englischen Meilen Länge nördlich und 11 Meilen südlich des Modderflusses ein. Es gelang der Kavallerie-Division Tuder die feindliche Flanke zu umgehen und den Weg für die Division Kennelly frei zu machen, die bis Mittags ohne Hinderniß vorrücken konnte. Der Feind ist in vollem Rückzug nach Norden und Osten. Kavallerie, Feld-Artillerie und berittene Infanterie sind ihm auf den Fersen, während zwei Divisionen und die Garde-Brigade den Fluß bei Poplarort überqueren. Unsere Verluste werden, wie ich mit Sicherheit annehme, gering sein, da der Feind auf einen Planke-Angriff und eine Verdrängung seiner Verbindung mit Bloemfontein nicht vorbereitet war.

wb. London, 8. März. Lord Roberts telegraphirt aus Ostfontein vom 7. d. M. Abends: Der Tag war sehr erfolgreich. Wir zerstreuten den Feind vollständig. Derselbe ist in vollem Rückzug. Die Stellung des Feindes war äußerst stark. Ein Frontalangriff hätte schwere Verluste gebracht. Die Umgehungs-bewegung holte notwendiger Weise weit aus. Der Kampf beschränkte sich eigentlich auf die Kavallerie. Die Pferde waren sehr erschöpft. French berichtet, die reitende Artillerie habe eine rege Thätigkeit entwickelt. Unsere Verluste betragen etwa 50 Mann.

wb. London, 7. März. (Reuter.) Aus dem Burenlager bei Glencoe wird vom 3. d. gemeldet: Die Belagerung von Ladysmith ist aufgehoben. Die Verbündeten haben sich auf Baggardberg, eine Gebirgskette, die sich südlich am Fuß des Natal hingieht, zurückgezogen. Der Rückzug erfolgte in Folge des Irrthums eines Kommandanten, der die Leute von ihrer Schlüssel-Stellung zurückbeorderte, ohne einen Grund für eine solche Bewegung anzugeben, und in Folge der schlechten Nachrichten vom Modderfluß. Eine große Zahl Leute, die den Engländern bei Durbe abgenommen worden waren, wurden im Stich gelassen. Die Hauptgeschütze in diesem Zweck aufgestellt wurden, eröffneten die Schiffgeschütze von Ladysmith ein heftiges Feuer und verwundeten zwei Artilleristen leicht. In Folge des Mißverständnisses wurde etwas Munition zurückgelassen, nachdem die Transportvorkehrungen verlagert hatten.

hd. London, 8. März. Die Verluste der Buren in Natal von Dienstag bis Freitag voriger Woche belaufen sich auf 52 Tote und 200 Verwundete.

Die furchtbaren Verluste Gullers. Nach der jetzt veröffentlichten Ergänzungsbillette betragen die Gesamtverluste des Generals Buller an Mannschaften vom 14. bis 27. Februar: 252 Tote, 1512 Verwundete und 35 Vermißte.

wb. London, 8. März. Dem „Reuter'schen Bureau“ wird aus dem Hauptlager der Buren bei Glencoe vom 7. d. M. gemeldet: Donnerstag schlugen die Buren zweimal den Angriff englischer Truppen auf Ladysmith zurück. Der Rückzug der Buren nahm seinen Fortgang. 2000 Waagen wurden ohne Zählensnahme der Eisenbahn weggebracht. In Eisenbahnzügen wurden nur die schweren Geschütze und nicht berittene Verwundeten fortgeschafft. Hinter dem letzten Zuge, der von Glandslaagte abging, fuhr ein Arbeiterzug her, der alle Brücken und Straßenüberführungen zwischen Ladysmith und Glencoe hinter sich zerhört. Vorher waren auch die Kohlengruben bei Glandslaagte gesprengt und angezündet. Die Höhe der Verluste in der letzten Woche läßt sich infolge der Zersplitterung der Ambulancen und der Verhältnisse beim Rückzuge nicht bestimmt angeben. Es heißt, 15 Bürger seien gefallen, 25 verwundet. Ein Burenhut der Artillerie erlitt eine Verwundung am Kopf. Präsident Krüger ist nach Pretoria zurückgekehrt. Sein Aufruf an die Bürger feuerte diese aufs Neue an, im Kampfe für die Unabhängigkeit auszuhalten.

hd. Berlin, 7. März. Der „Vokal-Anzeiger“ meldet aus London: Nach Meldungen aus Sterretrom von gestern berichteten Rundschaffer, daß die Buren in großer Stärke 12 englische Meilen vor Stormberg stehen und alle Vorkehrungen treffen, um ihren Rückzug über den Dranjefluß zu bewerkstelligen. Aus Ladysmith wird berichtet, daß Buller eine kombinierte Streitmacht längs der Eisenbahn nach Barrysmith gegen den Burenbesatz vorschickte. Westlich des Baggard stehen keine Buren mehr.

hd. Berlin, 7. März. Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Brüssel: Die sogenannten Siege des Generals Prabant bei Reusburg und Dordrecht gleichen den Siegen des Generals Buller. Prabant besetzte fast ohne Kampf die Stellungen, welche die Buren infolge des Befehls der Rückwärtskonzentration aufgeben mußten. Die Buren retteten jedoch ihren ganzen Artilleriepark und vollzogen ihren Rückzug ohne nennenswerthe Verluste. Warshall Roberts entsandte ein Entsatz-Heer zur Befreiung Mafeking's, wo der Oberst Baden-Powell seit Monaten eingeschlossen ist. Auf dem Wege von Kimberley nach Mafeking befindet sich eine starke Buren-Division unter dem Befehl des Generals Dutoit. Ein Kampf dafelbst steht bevor.

hd. Berlin, 7. März. Der „Vokal-Anzeiger“ meldet aus London: Aus Queenstown in Kaplande wird gemeldet, daß General Prabant seine Proklamation vom 22. Februar, welche den Aufständischen im Bezirk von Barry East die schärfsten Maßnahmen in Aussicht stellte, zurückzog und durch eine andere ersetzte, die bei Niederlegung der Waffen den Aufständischen ungehinderte Rückzug zu ihren Farmen zusicherte.

hd. London, 8. März. Aus Durban wird vom Dienstag Nachmittag gemeldet: Bom Zulu-Lande aus hat eine englische stiegende Kolonne die Transvaalgrenze überschritten und marschirte nach Catala-Hill, 9 Meilen jenseits der Grenze, wo sie sich verschanzte. Hier fanden bereits mehrere Scharamügel statt. Ein kleines Burenkommando wurde auseinander getrieben.

hd. Berlin, 8. März. Nach einer Meldung aus London fand man in einer der Kasematten des Cronje'schen Lagers, die durch eine Granate zerstört war, dem „Manchester Guardian“ zufolge, 60 tote Buren, die den Erhängestod gefunden haben.

wb. London, 8. März. Der Parlaments-Verichterstatter der „Daily News“ meldet, es sei beschlossene worden, Cronje und seine Truppen nach St. Helena zu bringen, wo sie bis zum Ende des Krieges bleiben sollen.

hd. London, 8. März. Aus Colesberg wird von gestern gemeldet, Lord Ritzener hielt eine Truppen-Rede über die antirassischen Regimenter ab. Er sprach diesen Truppen gegenüber seine große Befriedigung über ihre Tapferkeit aus.

London, 7. März. Die Behauptung des hiesigen Korrespondenten des „Times“, daß die englische Regierung das Parlament auflösen würde, wenn dasselbe seine Zustimmung zur Annexion der beiden Buren-Republiken verweigern sollte, ist unbegründet. Das jetzige Parlament würde gerade am besten für die vollständige Annexion zu haben sein und ein neues Parlament würde sicherlich nicht mehr, sondern weniger Stimmen für die Annexion aufweisen. Die Regierung beabsichtigt auch nicht in letzter Linie die Annexion, sondern eine Föderation, wonach schließlich Transvaal und der Orange-Freistaat so viel Freiheit beizubehalten wie irgend eine englische Kolonie Australiens. Auf die vollständige Annexion dringen nur Rhodes und seine Leute, und darum bezieht sich Rhodes jetzt, nach England zu kommen. Rhodes hat aber kürzlich sehr von seinem Nimbus verloren. Seine Rede in Kimberley, in der er sagte, daß die englische Frage das größte kommerzielle Interesse sei, hat gerade in konservativen Kreisen am meisten verstimmt, und die Art, wie er Listen voll Champagner an englische Offiziere vertheilte, ist auch über aufgenommen worden. Am meisten hat aber mißfallen, daß Rhodes die Soldaten, welche Kimberley vertheidigten, mit Weiballen bedorirt hat. Gerüchte von der Auflösung des Parlaments waren auch hier nicht im Umlauf. Nicht gut informirte Leute haben Derartige nur vermuthet, als Ende voriger Woche bekannt wurde, daß der Schatzkanzler schon am Montag das Budget einbringen würde. (Frankf. Btg.)

hd. Paris, 8. März. Nach Meldungen aus Bordeaux fand dafelbst gestern eine Kundgebung gegen England statt. Dieselbe soll durch einen Vortrag über den Transvaal-Krieg veranlaßt sein.

hd. Köln, 7. März. Die „Köln. Btg.“ meldet aus Konstantinopel: Die neuerdings erzielten Erfolge Englands in Südafrika wurden im Palais freudig begrüßt, weil sie die Hoffnung weckten, daß die Pforte gegen Rußlands übermächtigen Drängen nunmehr an England eine Stütze finden werde. Die Türkei hat bisher in dieser schwebenden Frage den Mächten irgend welche Mittheilungen noch nicht gemacht.

Mit dem Glückwunschtelegramm des Kaisers an die Königin von England nach der Gefangenahme Cronjes verhält es sich anscheinend ähnlich, wie mit dem Telegramm an die First Royal Dragoons, das seiner Zeit in London solchen Freudentaumel erregte. Wie die „Boschische Rundschau“ erzählt, war das Kaiser-telegramm nur die Antwort auf eine telegraphische Mitteilung der Königin, also mit anderen Worten eine Höflichkeit, die unter diesen Umständen selbstverständlich und geboten war. Das wäre also das zweite Mal, daß von englischer Seite ein Versuch gemacht wurde, eine selbstverständliche Höflichkeit unserer Kaiser's als spontane englandfreundliche Kundgebung darzustellen. Wir wissen in diesem Augenblick nicht, wie man diese Art und Weise in englischer Sprache kurz und treffend bezeichnen; auf deutsch nennen wir es: — fälschen.

Aus Kunst und Leben.

Im „Wiesbadener Kunstverein“ ist eine neue Arbeit des Malers ... ein Kinderportrait in Pastelltechnik ...

Verschiedene Mitteilungen. Frau Elli Lehmann beendete gestern Abend ihr Gastspiel als Bräutling in Wagner's „Walküre“ ...

Am Weininger Hoftheater ist Otto Ludwigs fünfaktiges, 1845 entstandenes Trauerspiel „Die Pfarr-Rose“ am 4. d. M. zum ersten Male mit vollem Erfolg aufgeführt worden.

Der junge Johann Strauß wird mit einer Wiener Kapelle in der zweiten Hälfte des Mai eine Reihe von Konzerten in der Berliner „Philharmonie“ geben.

Ein Mitglied der Genjurbehörde wählte dieser Tage, wie dem „B. B.“ berichtet wird, einer Probe im Berliner Theater bei und erobert Besenken gegen die Maske, die Bassermann in der Rolle des „schwarzen Domino“ im „Totentanz“ von Max Müller gemacht hatte.

Aus Stadt und Land.

Wiesbaden, 8. März.

Personal-Nachrichten. Der, wie gemeldet, auf seinen Antrag pensionierte ausscheidende Richter am Amtsgericht Königstein, Herr Amtsgerichtsrath Thewalt, wird seinen Wohnsitz nach Wiesbaden verlegen.

Arhaus. Wie wir schon mittheilten, findet morgen Freitag, Abends 8 Uhr, im Kurhaus „Solisten-Abend“ der Kurkapelle statt. Zur Aufführung gelangen u. A.: Prälude aus „Die Sündfluth“ von Saint-Saëns, Solo-Violine: Herr Konzertmeister Jünger; Andante aus dem Konzert von Molique und Moment musicale von Frz. Schubert für Violoncell: Herr Gehörn; Konzert in G-moll für Oboe von Händel; Herr Schwarze, und Graciosa, Caprice für Harfe allein von Hasselmann; Herr Wenzel.

gs. Residenz-Theater. Am Freitag wird die überaus lustige „Dame von Nagai“ das Publikum wieder in hellen Hausen in das Theater locken. Dieser tolle Schwank ist überall von einem seltenen Erfolg begleitet und auch hier so überaus beifällig aufgenommen worden, daß sich seine Fortsetzung wohl die ganze Saison hindurch bewähren wird.

Sönigin Luise-Gedächtnisheim. Der Borkerkauf der Billets zu der am nächsten Samstag, den 10. März, in sämtlichen Sälen der Kasino-Gesellschaft, Friedrichstraße 22, stattfindenden Fest-Vorstellung zur Eröffnung des Königin Luise-Gedächtnisheims wird heute Abend geschlossen. Es sind aber noch eine Anzahl Saalfacten (numerirte Plätze) à 10 Mk., ebenso wie auch Karten zu 6 Mk. in der Verkaufsstelle bei Herrn Heinrich Wolff, Postmüllershandlung, Wilhelmstraße 30, erhältlich.

Sodessall. Herr Oberst a. D. Edgar Luer v. Herrenkirchen ist heute Vormittag im Alter von 60 Jahren gestorben. Der Verordnete war J. Kommandeur des hiesigen 1. Bataillons des Füsilier-Regiments v. Gersdorff (Heff.) Nr. 80 und zuletzt Oberst und Kommandeur eines Infanterie-Regiments in Mörchingen, lebte aber bereits seit mehreren Jahren wieder hier im Ruhestand.

Volksvorlesungen. Hierdurch machen wir auf die Fortsetzung der Vorträge des Herrn Oberlehrer Pagenstecher über die große französische Revolution aufmerksam. Der nächste (vorletzte) Vortrag findet statt am Freitag, den 9. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, in der Oberrealschule (Oranienstraße 3). Eintritt für Männer und Frauen frei.

Buchdrucker-Zwangsinnung. Der Handelsminister hat, wie uns bestätigt wird, verfügt, daß in allen Fragen, wo es sich um Einbeziehung von Buchdruckereien in die Zwangsinnung handelt, erst die zuständige Handelskammer gutachtlich befragt werden soll. Die Verfügung ist durch den Widerspruch der hiesigen fabrikmäßig betriebenen Buchdruckereien gegen ihre Aufnahme in die Zwangsinnung veranlaßt worden.

Schwurgericht. Die am morgen angeordnete Verhandlung gegen die Dienstmagd Johanna Höhn von Dohheim wegen Mordversuchs und deren Schwelger wegen Hehlerei fällt aus, da die Johanna Höhn, welche beschuldigt wird, den Versuch gemacht zu haben, einen älteren pensionirten Major, der bei ihrer Dienstherrin in der Rheinstraße wohnte, zu vergiften, während ihrer Post Spuren von Giftesgeheimnisse gezeigt habe und auf Antrag ihres Vertbeidigers in der Irrenanstalt zu Giesberg untersucht werden soll. Die andere Angeklagte, die sich auf freiem Fuß befindet, soll von dem Geld, welches die Johanna Höhn dem alten Offizier wiederholt gestohlen, angenommen haben und ist deshalb der Hehlerei beschuldigt.

Rheinlanddampfschiffahrt. Vom 10. März ab tritt ein neuer Fahrplan der Köln-Düsseldorfer Gesellschaft in Kraft. In der Richtung nach Köln gehen Personenschiffe ab Dienstag 10 Uhr 20 Min. Vorm. (bis Köln) und 11 Uhr 30 Min. Vorm. (bis Coblenz). In der Richtung von Köln kommen Schiffe an in Dienstag 10 Uhr 30 Min. Vorm. von St. Goar und 4 Uhr 50 Min. Nachm. von Coblenz.

Vermächtnis. Der vor Kurzem verstorbene Rentner Herr Joseph Gottschalk hat für die Armen der Neulirchen-Gemeinde testamentarisch 500 Mark vermacht, zu Händen des Herrn Warrers Weber.

Handelsregister. In das Handelsregister A ist die Firma „Ed. und Chr. Wedel-Wiesbaden“ und als deren Inhaber die Kaufleute und Hotelbesitzer Eduard Wedel und Christian Wedel, beide von Wiesbaden, eingetragen worden. In dem Firmenregister wurde vermerkt, daß die Firma „Wid. Dies“, Inhaber Georg Philipp von Wiesbaden, erloschen ist. Neu eingetragen wurde das in Wiesbaden unter der Firma „Wid. Philipp Schweiguth“ errichtete Handelsgeschäft und als deren Inhaber der Buchstabenverleiher Philipp Schweiguth zu Wiesbaden.

o. Städtisches Submissionswesen. In der Regel werden größere städtische Arbeiten im Wege der öffentlichen Verdingung vergeben, und zwar auf Grund von Bedingungen, welche im Jahre 1894 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen worden sind. Darin ist ausdrücklich gesagt, daß Niemand Anspruch habe, als Unternehmer angenommen zu werden, der nicht für die tüchtige, pünktliche und vollständige Ausführung derselben in finanzieller und technischer Hinsicht die erforderliche Sicherheit bietet. Obwohl diese ungewöhnliche Bestimmung der Stadt die Handhabung bietet, sich den Unternehmern auszuwählen, ist unter den Submittenten doch die Ansicht vorherrschend, als ob immer der Billigste berücksichtigt werden müsse. Wenn dies auch in der Regel geschieht, so sind doch in der letzten Zeit wiederholt die Mindestforderungen nicht berücksichtigt worden, weil sie Preise anboten, bei denen sich das Stadtbauamt sagen mußte, daß die Arbeiten nicht bedingungs- und sachgemäß, sowie rechtzeitig ausgeführt werden könnten. Es liegen Fälle vor, in denen die Arbeiten des Mindestfordernden übertragen wurden, die dann aber die Lieferfrist bedeutend überschritten und bedeutende Konventionalstrafen verursachten; so, in jüngerer Zeit ist es sogar vorgekommen, daß solche Unternehmer nicht in der Lage waren, die Arbeiten zu Ende zu führen und sie einfach liegen ließen. Solche Vorläufe betreffen der Stadt große Schwierigkeiten, schädigen aber auch das Ansehen der Handwerkerkassen. Auf Grund dieser Erfahrungen ist bei den gegenwärtigen Ausschreibungen der Unterhaltungsarbeiten an den städtischen Gebäuden für 1900 ausdrücklich darauf hingewiesen, daß in den Bedingungen eine Aenderung eingetreten ist, wonach ausdrücklich bemerkt wird, daß nicht ohne Weiteres die Mindestfordernden Aussicht auf Berücksichtigung ihrer Angebote haben, die Submittenten sich vielmehr die Wahl zwischen den Anbietern vorbehalten. Eine solche Maßnahme dürfte namentlich von den Handwerkern mit Genehmigung begrüßt werden, denn sie liegt ja in deren eigenem Interesse und dürfte wesentlich dazu beitragen, der viel belagerten Preisdruckerei ein Ziel zu setzen. Das Stadtbauamt hat wahrscheinlich herausgefunden, daß bei den niedrigen Preisen die Unternehmer doch nur mit Anlauf in die Ausführung gehen und wohl auch schlechte Arbeiten liefern, was ebensoviele im Interesse der Stadt, wie der Unternehmer selbst liegt. Das neuere Vorgehen des Stadtbauamts dürfte wohl auch diejenigen Handwerker, die sich bisher aus den angegebenen Gründen von den städtischen Submissionen fern hielten, veranlassen, sich wieder daran betheiligen.

o. Vergeben wurden die Lieferung und Arbeiten zur Herstellung der Entwässerungsanlagen für den Neubau der Markt-Unterföhrung an Herrn Jean Lorenz, Installationsgeschäft, hier.

o. Kleine Notizen. Bei der Versteigerung der Villa Sonnen in Langenscheidt wurde Herr Privatier Schwarz aus Wiesbaden auf das Gebot von 57.000 Mk. der Zuschlag erteilt. Die Bataunienliste für Militäranwärter No. 10 ist in unserer Expedition unentgeltlich einzusehen.

Gourge u. Genossen vor dem Schwurgericht. (Schluß.)

d. Wiesbaden, 7. März.

In der heutigen Nachmittagsung weist der Angeklagte Gourge besonders auf sein hohes Temperament hin und verlangt, daß man daselbst gebührend berücksichtige. Vor ungefähr acht Jahren habe ihm sein Vater einmal eine Bierflasche an den Kopf geworfen. Er habe damals acht Tage lang bettungslos gelegen und seit der Zeit sei er Wuthanfällen leicht ausgelegt. Einen Arzt habe man nicht zugezogen gehabt. Wenn er jetzt nur im Gerinnten gereizt werde, schlage er Alles kurz und klein. Durch seine Frau, ein Nähhändchen, das einmal bei ihm gewohnt hat, und einen Eisenbahnbeamten, der auch mit Gourges Familie bekannt ist, brachte der Angeklagte Gourge allerdings den Beweis, daß er in unzähligen Fällen ohne jeden Grund seine Frau geprügelt habe, daß er seine Wüthel in Räume zersemelt und daß er sich selbst zweimal habe aufhängen wollen. Wenigstens soll er in einem verlockenden Zimmer geblieben haben, als ob er sich aufhängen wollte. Der letzte Selbstmordversuch Gourges soll im Jahre 1895 stattgefunden haben. Am interessantesten ist das Gutachten des Herrn Kreisphysikus Sanitätsrath Dr. Gleitsmann. Der Herr Sachverständige, der Gourge auf seine Zurechnungsfähigkeit hin geprüft hat, sagt, er müsse absolut verneinen, daß Gourge jetzt geisteskrank sei. Die Thatsache, daß er an seine Angehörigen und insbesondere seiner Frau geschrieen habe, unterschieden sich in gar nichts von dem, was normale Durchschnittsmenschen unter ähnlichen Verhältnissen geschrieben haben würden. Gourge besitzt die Bildung eines Mannes seines Standes, von irgend welcher Schwachsinigkeit kann bei ihm in keiner Weise die Rede sein. Er ist nicht geisteskrank. Die Frage, ob er in der Zeit, in der die Straftat begangen worden ist, vielleicht sich in einem Zustande von Bewußtlosigkeit befunden hat, ist zwar nicht so leicht zu beantworten, denn es giebt tatsächlich solche momentane Zustände von Bewußtlosigkeit, die verschwinden, ohne daß der Betreffende eine Erinnerung an das, was er in diesem Zustand gethan hat, zurückbehält. Solche Leute sind aber in der Regel Epileptiker oder Alkoholiker. Keins von beiden ist der Angeklagte Gourge. Einzig der Umstand, daß er vor Jahren von seinem Vater mit einer Bierflasche geworfen worden sein will, die ihn in einen Zustand achtstündiger Bewußtlosigkeit versetzt habe, gäbe zu denken, wenn es erstens nicht überhaupt unwahrscheinlich sei, daß die Erzählung Gourges auf Wahrheit beruht, denn weshalb hätte man den Angeklagten in unserer Wiesbaden, das an Ärzten wahrlich keinen Mangel hat, acht Tage lang ohne Hilfe liegen lassen sollen? — und wenn sich an dem genau unterrichteten Kopf des Angeklagten nur irgend eine Spur fände, die ein Wuth, der eine derartige schwere Gehirnerkrankung zur Folge hat, unbedingt zurücklassen müßte. Auch das Nervensystem Gourges ist durchaus gesund, das spricht ebenfalls dafür, daß eine derartig schwere Gehirnerkrankung überhaupt nicht stattgefunden hat. Vor Allem aber spricht gegen eine krankhafte geistige Störung des Angeklagten Berechnen vor und nach der That. Das es Leute giebt, die derartige Sachen in ihrem Zustande der Bewußtlosigkeit machen, ist selbstverständlich. Sie geschehen aber nach der That ruhig ein: Jawohl, ich bin da und dahin gegangen, was ich gemacht habe, weiß ich und nicht. Von alledem bei Gourge keine Spur; er leugnete erst Alles und dann wußte er Alles, selbst das, was war, er der Thäter, allein wissen konnte. Daß Gourge einen reizbaren Charakter hat, ist nicht abzulehnen, es sind krankhafte Wuthanfälle, er verliert aber nicht die Erinnerung an das, was er in solchen Anfällen anrichtet. Der Herr Sachverständige rechnet sein Gutachten dahin: Eine Geisteskrankheit besteht bei Gourge nicht und es ist nicht der geringste Grund vorhanden, anzunehmen, daß er am 17. November sich in einem Zustande von Bewußtlosigkeit befunden hat, die seine freie Willensbestimmung ausschloß. — Im Anschluß an dieses Gutachten beantragte der Vertbeidiger des Angeklagten Gourge, Herr Rechtsanwalt Dr. Seligson, zwei andere Aergie über die geistige Beschaffenheit des Angeklagten zu vernehmen. Das Gericht lehnt jedoch diesen Antrag ab. Der Herr Erste Staatsanwalt vertritt sich in etwa dreiviertelstündiger Rede über die That selbst, über die ungemessene Frechheit, mit der sie ausgeführt worden war, und über die Motive, welche die Angeklagten, besonders aber den Vater vom Ganzen, den Angeklagten Gourge, bezogen haben, eine derartige Smandthat zu begehen. Im Verlauf seines Plaidoyers weist, wie hier mit Anerkennung bemerkt sein möge, der Herr Erste Staatsanwalt auf die Schnelligkeit und Nüchternheit unserer Kriminalpolizei hin, die in diesem Fall mit ganz besonderem Glück gearbeitet habe. Besonders gebührt der Herr Erste Staatsanwalt des Herrn Polizeikommissars Bockwig und des Herrn Kriminalkommissars Bodo's. Eine passende Parallele zwischen unserer Polizei und der Berliner Polizei zu ziehen, die bekanntlich bei der Entdeckung von Räubern und Wärdern großes Reich hat, lag auf der Hand; der Herr Staatsanwalt verkannte das auch nicht. Er beantragte, die Hauptschuldfragen bei allen Angeklagten zu bejahen. Den Geschworenen wurden im Ganzen 22 Fragen vorgelegt. Für Männer des praktischen Lebens ist es fürwahr keine leichte Aufgabe, einer soich umfangreichen Verhandlung bis in den späten

Abend hinein mit ungeschwächter Aufmerksamkeit zu folgen, die wichtigsten Momente festzuhalten, sich dann durch 22 verschiedene Fragen hindurchzuarbeiten und ein gerechtes Urtheil zu fällen. Wie schwer das mitunter ist, zeigte gerade der vorliegende Fall, in welchem die Geschworenen Fragen zu entscheiden hatten, über deren Richtigkeit, wie sich ergab, selbst eine ganze Anzahl Juristen nicht einig waren, doch muß man geteiden, daß sich die getrige Geschworenenarbeit ihrer Aufgabe rasch und im Allgemeinen mit Geschick entledigt hat. Nach halbstündiger Beratung schon konnten sie das Ergebnis verlesen, nutzten sich aber dann zur Erledigung einer Korrektur nochmals zurückziehen. Nach dem so festgestellten Spruch wurde Gourge des Raubversuchs und der gefährlichen Körperverletzung, oder des versuchten schweren Raubs, die Brüder Köhler der Beihilfe dazu schuldig gesprochen. Herr Erste Staatsanwalt Geheimrat Justizrath Reher beantragte gegen Gourge 10, gegen Hermann Köhler 6 und gegen Jakob Köhler 5 Jahre Zuchthaus, außerdem gegen Jeder 10 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Nach den theils kurzen, theils längeren Plaidoyers der Vertbeidiger für eine milde Strafe bittet Gourge, ihm die Strafe zu erleichtern, weil er noch nie vor der Anklagebank gestanden und nicht wisse, was er gethan. Er sei nicht hingegangen, um einen Mordversuch zu machen, sondern „um nachzugehen“, und dabei wäre er ausgeartet. Hermann Köhler überträgt sein Urtheil dem Gericht und Jakob Köhler „schließt sich den Worten seines Vertbeidigers an“. Der Geschwobter verurtheilt nach einstündiger Beratung zunächst den Beschluß, die Anklage gegen Jakob Köhler abzutrennen und vor das nächste Schwurgericht zu verweisen, da sich die Geschworenen in der Hauptsache zum Nachtheil des Angeklagten geizt hätten. Der Hauptbeschluß gegen Jakob Köhler wurde, da kein Mordversuch vorliege, aufgehoben. Das Urtheil lautet gegen Gourge wegen versuchten schweren Raubs im Sinne des § 21 des St.-G.-B. auf 8 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust, gegen Hermann Köhler wegen Beihilfe auf 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus und gleichfalls 10 Jahre Ehrverlust. Bei der Strafvollstreckung gegen Gourge wurde in Berücksichtigung gezogen, daß er ein hoch gefährlicher Mensch ist, der, wie auch die Verhandlung erwieien, leicht ansetzt. Der Schluß der Sitzung erfolgte wenige Minuten vor 11 Uhr. — Aus der letzten Rede des Herrn Rechtsanwalts Siebert war zu entnehmen, daß er für seinen Klienten Hermann Köhler gegen das Urtheil Revision einlegen wird und auch auf Erfolg derselben rechnet.

Letzte Nachrichten.

Continental-Zeitungen-Compaqnie.

Berlin, 8. März. Die gestern Diner des Landwirtschaftsraths im „Kaiserhof“ wählten, der „Neuzzeitung“ zufolge, Staatsminister v. Miquel, Bobbelski, Vertreter des Reichsanths des Innern, des Landwirtschaftsministeriums und anderer Behörden bei, das Präsidium des Reichstags und zahlreiche Abgeordnete. Die Staatsminister v. Miquel und Bobbelski hielten längere Ansprachen, worin sie betonten, daß die Einmüthigkeit des aus allen Theilen Deutschlands zusammengekehrten Deutschen Landwirtschaftsraths und seine Beschlüsse der größten Beachtung werth seien.

München, 7. März. Heute fand eine von Künstlern und Schriftstellern einberufene Protestversammlung gegen die die Kunst betreffenden Bestimmungen der sog. „Jox Heineke“ statt. 400 Personen waren anwesend; Tausende fanden keinen Einlaß. Dr. Hirth, der Leiter der Versammlung, verlas einen postichen Zustimmungsgutachten von Paul Henke, Johann ein Schreiben, worin sich die Vorstandschaft der Münchener Künstlergenossenschaft dem Protest anschließt. Hierauf sprachen Dr. Conrad, Universitätsprofessor Lipp, der Direktor des Münchener Schauspielhauses, Stollberg, Abgeordneter Bollmar und Max Halbe sowie Schriftsteller Bernstein. Alle sprachen unter lebhaftem Beifall im Sinne der Protestresolution an den Reichstag, die einflußreich angenommen wurde. Als Prof. Lipp sagte, er habe kein Vertrauen zur heutigen Rechtsprechung mehr, entstand für-mischer Beifall.

Erziehungsminister Dr. Colb.

Berlin, 8. März. Wie in den Wandbesängen des Reichstags erzählt wird, soll die Fotte vorlage bereits in nächster Woche in der Budget-Kommission des Reichstags zur Beratung gelangen. Die verblühten Regierungen legen großen Werth darauf, daß die Vorlage noch vor Ostern in das Plenum zurückgelangt. — Wie das „Berliner Tageblatt“ hört, besteht in der konservativen Partei des Reichstags die Absicht, einen Antrag auf Gewährung von Vääten für die Reichstagsmitglieder einzubringen. Man verfährt, daß dieser Antrag bereits zahlreiche Unterschriften gefunden hat und man rechnet in konservativen Kreisen darauf, daß, wenn der Antrag von konservativer Seite kommt, die Reichsregierung den Widerstand aufgeben dürfte, den sie bisher gegen den Väätenbezug der Reichstagsmitglieder so konsequent aufrecht erhalten hat. — Die Waarenhaus-Angestellten beabsichtigen, dem Abgeordnetenhaus eine Petition einzubringen, in welcher gebeten wird, dem Entwurf einer Vesteuerung der Waarenhäuser, sowie einer jeden Steuer auf die Großbetriebe des Detailhandels die verfassungsmäßige Zustimmung zu verweigern.

Berlin, 8. März. Die Vorträge, welche sich der Kaiser am Montag vom Landwirtschaftsminister v. Hammerstein und dem Staatssekretär des Auswärtigen, Grafen Bismarck, halten ließ, hatten das Reichsbeschlageschick beziehungsweise die Vorschläge der Reichstagskommission zu demselben zum Gegenstand. Der Kaiser sprach sich, wie der „Volk-Anzeiger“ meldet, in dem Sinn aus, daß die Herbeiführung einseitiger Interessen zu vermeiden sei, daß vielmehr alle durch dieses Gesetz berührten deutschen Interessen gleichmäßige Berücksichtigung zu finden hätten.

London, 8. März. Amlich wird berichtet, die Königin sei entlassen, in den ersten Tagen des kommenden Monats eine Reise nach Irland anzutreten und werde im Palais des Bieftinigs Grafen Kerogan in Dublin Wohnung nehmen. Diese Meldung ist von großer Wichtigkeit, da die Königin seit dem Jahre 1861, also seit dem Tode ihres Gatten, Irland nicht mehr besucht hat.

hd. Salzburg, 8. März. Großes Aufsehen erregt der Selbstmord des Infanterie-Hauptmannes Dobraček. Derselbe hatte auf Befehl des Corps-Kommandanten gegen den Redakteur des „Salzburger Tagblatt“, Freisinger, Klage erhoben, weil derselbe den Hauptmann Dobraček schwerer Soldaten-Mißhandlungen beschuldigt hatte. Gestern sollte die Verhandlung stattfinden.

Volkswirtschaftliches.

Fruchtmärkte zu Limburg vom 7. März. Die Preise stellen sich: Rother Weizen (neuer) pro Maltre 13 Mk. 11 Pf., pro 100 16 Mk. 88 Pf., Weiser Weizen pro Maltre — Mk. — Pf., pro 100 Kilo — Mk. — Pf., Korn (neuer) pro Maltre 10 Mk. 98 Pf., pro 100 Kilo 14 Mk. 53 Pf., Gerste pro Maltre 9 Mk. 12 Pf., pro 100 Kilo 14 Mk. 12 Pf., Hafer (neuer) pro Maltre 7 Mk. — Pf., pro 100 Kilo 14 Mk. — Pf., Gersten pro 100 Kilo — Mk. — Pf., Kartoffeln pro 50 Kilo — Mk. — Pf.

Die Abend-Ausgabe enthält 1 Soliloq.

Wann und wo für den politischen und literarischen Theil. M. Schmitt von Mainz, die den letzten Theil und die Ausgaben: M. Schmitt; Welche in Wiesbaden Druck und Verlag der V. Schilling'schen Buch- und Verlagsanstalt in Wiesbaden.

## Grosser Casino-Saal zu Wiesbaden, Friedrichstrasse 22.

Mittwoch, 14. März 1900, Abends 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr:  
Zum Vortheile  
des hiesigen Vereins der Kinderhorte:  
**Musikalischer Abend**

veranstaltet von

**Frau Maria Wilhelmj**

unter gütiger Mitwirkung der Herren

Königl. Hof-Kapellmeister Prof. **Franz Mannstädt**,  
sowie Königl. Concertmeister und Kammer-Virtuosen  
**Oscar Brückner**.

**Einlass-Karten**

sind zu haben in der Musikalienhandlung des Königl.  
Hoflieferanten Herrn **Heinrich Wolff**, Wilhelm-  
strasse 30. F 451

## Schnell-Politur

(von ersten hiesigen Firmen empfohlen,  
viele Anerkennungsschreiben des In- u. Auslandes)  
zum Reinigen und Aufpoliren von  
Pianos und anderen Möbeln

von

**Dr. M. Albersheim**,  
Wiesbaden (Park-Hotel),  
Wilhelmstrasse 30,  
Frankfurt a. M., Kaiserstrasse 1.

Meine Schnell-Politur beseitigt Schmutz- und  
Oel-Ausschlag von allen polirten schwarzen oder  
braunen Möbeln leicht und schnell, ohne die  
Politur oder das Holz anzugreifen und erzeugt  
einen ausgezeichneten dauernden  
Glanz. Die Anwendung ist eine äusserst ein-  
fache: Man nimmt ein Stück Leinwand, legt es  
mehrfach zusammen, tränkt es mit der „Schnell-  
Politur“ und reibt die Möbel damit ab. Da  
viele minderwertige Fabrikate im  
Handel vorkommen, welche ihren  
Zweck absolut nicht erfüllen, so  
verlange man ausdrücklich die  
„Schnell-Politur“ von Dr. Albers-  
heim und weise andere zurück. 2899  
Flasche Mk. 0.75, 3 Flaschen Mk. 2.—.

## Korn-Brauntwein

2479

von Hofant Gnadenhal per Flasche 90 Pf.,  
alten Nordhäuser Korn 90 Pf.

**F. A. Dienstbach**, Rheinstr. 82.

Meine  
jeden Tag  
frisch selbstgemachte  
ächte  
**Hausmacher Eier-Nudeln**  
Man  
probire  
u. urtheile.  
Nur allein zu haben  
in meinem Geschäft.  
**C. Weiner**,  
Mauergasse 17. 2600



Strümpfe werden angewebt u. gestrickt  
ohne Naht, so fein wie verlangt, schon in 1 bis  
2 Tagen. Größtes Lager fertiger Strümpfe,  
Soden und Beinlängen von 15 Pf. an bis zu  
den reinseidenen und handgestrickten Schafwoll-  
socken 95 Pf. Hübsche Hülsmuster 5 Pf., sowie  
Spitzen und Einsätze für wenige Pf. Nur bei

**Neumann**,

Strickerei und Handarbeits-Geschäft,  
Glenboogengasse 11. 1419

## Kinderwagen, Sportwagen, Patent-Kinderstühle.

Hochelegante Neuheiten in allen Preislagen.  
Colossale Auswahl.

Man vergleiche die Preise, die ausser-  
ordentlich billig gestellt sind. 3067

**Kaufhaus Führer**,

Kirchgasse 48. Telephon 309.  
Größtes Galanterie- und Spielwaaren-Lager  
am Platze.

## Für 50 Pf. eine gute Brille

oder Zwicker, feine Sorten nur 1 Mk. u. 1.50 Mk. Alle Nummern, für jedes Auge passend, sind  
wieder eingetroffen. Ansehen und Probiren kostet nichts. Umtausch bereitwilligst. 2078

Wiesbaden. **Kaufhaus Führer**, 48. Kirchgasse 48. Telephon 309.

## Zur Confirmation

empfehle

schwarze, weisse und farbige

## Kleiderstoffe

in grosser Auswahl zu den billigsten Preisen.

**Wilhelm Reitz.**

Reste für einzelne Kleider ganz  
bedeutend unter Preis. 2812

22. Marktstrasse 22.

22. Marktstrasse 22.

## Rhein-, Mosel-, Pfälzer Weine

per Flasche von 60 Pf. an empfiehlt unter Garantie der Reinheit 1342

**Eduard Böhm**, 7. Adolphstrasse 7.

Für Händler, Wiederverkäufer und grössere Consumenten.

## Pariser Kopf-Salat,

täglich frisch eintreffend,  
per Kopf 12 Pf. empfiehlt

**Hornung's Eier- u. Butter-Handlung**,

Telephon 392. Hüfnergasse 3. Telephon 392.

## Pariser Kopfsalat.

2808

Saalgasse 2. D. Fuchs, Ecke Webergasse.

Neue Pflanzen per Pfund 22, 28, 35, 40, 50 u. 60 Pf.  
Neue Ringäpfel per Pfd. 45, 50 u. 55 Pf.  
Gemischtes Obst per Pfund 30, 40 u. 50 Pf.  
Gemüse-Nudeln " " 20, 24, 30 u. 40 Pf.  
Hausmacher Nudeln " " 40, 50, 60 u. 80 Pf.  
Raccaroni, Bruch, " " 24, 28 u. 35 Pf.  
Raccaroni, Stangen, " " 40, 50 u. 60 Pf. 2088

**Adolf Haybach**, Wellritstr. 22. Telephon 764.

Per Pfd. Neue amerik. Ringäpfel per Pfd.  
50 Pf. bei 5 Pfd. 47 Pf. 1135

empfehlen  
**P. Enders**, Michelsberg 32.

## Neue Frühjahrs-Kleiderstoffe, Hemdenblousen, Unterröcke

sind in grossen Massen bereits eingetroffen und zum Theil in den Schaufenstern  
mit Preisen ausgelegt.

## Für Confirmanden!

empfehlen:

Schwarze und weisse reinwollene Stoffe

in reichster Auswahl, neuesten Mustern und Geweben,

per Meter 90 Pf., 1.25, 1.50, 2—3 Mark.

Sämmtliche Wäsche für Confirmanden extra billig.

**S. Guttmann & Co.,**

Webergasse 8. 3094